

Bundesrat zu Ecopop

Eine fremdenfeindliche Initiative

Nach Ansicht des Bundesrats hält die Volksinitiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» nicht, was sie verspricht. Im Gegenteil, sie bürdet der Schweiz zusätzliche Schwierigkeiten auf. **Daniela Baumann**

Nur neun Monate, nachdem die Schweizer Bevölkerung einen Systemwechsel in der Zuwanderungspolitik beschlossen hat, steht mit der Abstimmung über die Ecopop-Initiative der nächste Volkentscheid mit potenziellen Auswirkungen auf die Zuwanderung an. Der Bundesrat erarbeitet derzeit die Gesetzesvorlage zur Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative und ist bemüht um Verhandlungen mit der EU über das Personenfreizügigkeitsabkommen.

Die Vorsteherin des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, Simonetta Sommaruga, sprach vor den Medien von einer «komplexen Umsetzungsphase», in welche die Abstimmung vom 30. November falle. Zumal die Ecopop-Initiative noch viel einschneidendere Konsequenzen hätte, indem sie die Zahl der Zuwanderer auf netto nur noch knapp 17 000 Personen pro Jahr reduzieren würde.

Inländisches Potenzial vermag Löcher nicht zu stopfen

Die zuständige Bundesrätin bemerkte, dass dieses Kontingent der jährlichen Zahl der Pensionierungen alleine in der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie entspricht. Damit machte sie deutlich, dass die von den Initianten geforderte, sehr tiefe und zudem starre Zuwanderungsobergrenze den Spielraum der Schweizer Wirtschaft in der Personalrekrutierung drastisch einschränken würde. «Kein inländisches Arbeitskräftepotenzial würde genügen, um die dadurch entstehenden Löcher zu stopfen.» Daran ändert auch nichts, dass die Grenzgänger von einer Zuwanderungsbeschränkung à la Ecopop ausgenommen wären. Laut Mario Gattiker, dem Direktor des Bundesamts für Migration, könnten diese den Bedarf ebenfalls längst nicht decken.

Bundesrätin Sommaruga liess es sich denn auch nicht nehmen, einmal mehr mit Nachdruck darauf hinzuweisen, dass die Arbeitgeber das im Inland vorhandene Potenzial besser nutzen müssen. «Die bisherigen Massnahmen reichen nicht aus. Es wäre schön, wenn die Wirtschaft jetzt freiwillig und selbständig mehr tun würde. Dafür braucht es keine Gesetze.»

Klimawandel kennt keine Grenzen

Nicht nur wäre eine Annahme der Ecopop-Initiative gemäss dem Bundesrat unter wirtschaftlichem Blickwinkel massiv schädlich. Auch halte das Volksbegehren in ökologischer Hinsicht nicht, was es verspreche: die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen. «Was nützt es dem Klima, wenn die Menschen in ihrem Heimatland Auto fahren statt in der Schweiz?», fragte Sommaruga mit ironischem Unterton vor den versammelten Journalisten. Das Bevölkerungswachstum sei mit Blick auf die Umweltbelastung nicht das eigentliche Problem.

Anstatt Ausländerinnen und Ausländer auszusperren, gehe es vielmehr darum, den Pro-Kopf-Verbrauch an natürlichen Ressourcen in unserem Land weiter zu senken. Dies sei in den letzten Jahren mit verschiedenen Massnahmen im Rahmen der Schweizer Umweltpolitik gelungen – trotz steigender Bevölkerungszahl.

Der Mensch als Problem

Auch die zweite Forderung der Ecopop-Initianten, die auf den Mitteleinsatz in der Entwicklungszusammenarbeit abzielt, findet in der Landesregierung kein Gehör. Das Ansinnen, mehr Gelder in Projekte im Bereich der freiwilligen Familienplanung zu investieren, bezeich-



Simonetta Sommaruga und Mario Gattiker fanden deutliche Worte gegen Ecopop.

nete Sommaruga als inadäquaten Ansatz und fand dafür markige Worte: «Die Menschen in Entwicklungsländern sollen sich beschränken, damit wir unseren Lebensstandard halten können.» Vielversprechender sei es, den Zugang zu Bildung für Kinder und Frauen in Entwicklungsländern zu verbessern und ihnen damit Zukunftsperspektiven zu ermöglichen.

Der Bundesrat hält abschliessend fest, dass die Volksinitiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» nichts zum Erreichen eben dieses Ziels beiträgt. Sie sei sogar fremdenfeindlich, da sie den Menschen als Problem behandle, und nicht zuletzt deshalb entschieden abzulehnen. ■